(KR/WL)

1. **Bezahlte Forscher finden Milch gesünder**
   Wes Brot ich ess, des Lied ich sing – offenbar auch in der Forschung. Von der Industrie finanzierte Studien stellen oft gesundheitsfördernde Wirkungen bei Getränken fest, belegen Statistiker – und warnen vor möglichen Folgen für die öffentliche Gesundheit.
   Quelle 1: Stern online
   Quelle 2: Referenzierte Studie

   Kommentar KR: Obwohl interessant, gibt der Artikel auch Anlass für eine kritische Anmerkung. Es fällt nämlich auf, dass ein bestimmter Verbesserungsvorschlag aus dem Originaltext verschwiegen wird: "Ultimately, increased government and other independent support for nutrition research will diminish the attractiveness of industry funding to investigators and dilute any bias resulting from publication of industry-funded science."
   Die Frage, welche Aufgaben der Staat in Zukunft noch wahrnehmen soll, wird in Deutschland dogmatisch diskutiert. Die Privatisierung praktisch aller Bereiche des öffentlichen Lebens wird nahezu vorbehaltlos für effizienter, nachhaltiger und zukunftssicherer gehalten. Kritisches Hinterfragen findet kaum mehr statt. Das ist ein Ergebnis der Lobbyarbeit wirtschaftsliberaler PR-Organisationen, allen voran eine zahlungskräftige Stiftung, deren Namen mit „B" beginnt und die über den Gruner + Jahr Zeitschriftenverlag auch Eigentümer des Stern ist.
   Somit ist natürlich auch der Stern den Einflüssen des Hauses Bertelsmann ausgesetzt. Mehr staatliche Finanzierung unabhängiger Forschung vorzuschlagen, fand der Stern-Redakteur daher wohl so abwegig, dass er diesen Vorschlag lieber nicht erwähnen wollte. Wes Brot ich ess, des Lied ich sing – auch und vor allem in den Medien.

   Dazu auch…

2. **Scrooge and intellectual property rights**
   Research needs money, but the current system results in limited funds being spent in the wrong way. A medical prize fund could improve the financing of drug innovations. By Joseph E. Stiglitz.
   Quelle: British Medical Journal
3. **Der Merkel-Rechner, ein Lobby-Tool**
   Die "Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft" (INSM) stellt einen so genannten "Merkel-Rechner" ins Netz, der die Mehrbelastungen durch sich ändernde Steuer- und Abgabenbelastungen ausweisen soll. Eigentlich keine schlechte Idee – wäre die INSM nicht eine rein interessengesteuerte Pressure Group, die wirtschaftsliberale Positionen

ins Land trägt, finanziert durch die Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektroindustrie. Man reibt sich die Augen, wie blauäugig eine Reihe von Medien dieses "Tool" in ihre Online-Angebote integrieren und bewerben – ohne ihre Leser über den Background der INSM aufzuklären:

- Südwestrundfunk
- Merkur Online
- Magdeburger Volksstimme
- Augsburger Allgemeine
- HNA Hessisch-Niedersächsische Allgemeine
- Bild Online
- PC-Welt

Quelle: Blog Online-Journalismus

4. **Österreich hat eine neue Regierung. Mehr nicht.**
   SPÖ und ÖVP haben sich geeinigt. Im Wesentlichen auf die Fortsetzung eines Regierungskurses, der von vielen ÖsterreicherInnen nicht mehr akzeptiert wurde, der mitverantwortlich dafür war, dass die ÖVP die Wahlen verloren hat.
   Quelle: Steuerinitiative im Österreichischen Gewerkschaftsbund
5. **Die schmutzige Kehrseite von Bill Gates Wohltätigkeitsstiftung**
   Wie die meisten anderen philanthropischen Stiftungen verwendet die Gates Foundation aus steuerlichen Gründen 5 Prozent ihres Vermögens für Hilfszuwendungen. Die anderen 95 Prozent des Vermögens wurden investiert: in Unternehmungen, welche der Politik der guten Taten deutlich zuwiderlaufen. So soll die Gates Foundation einerseits mit 218 Millionen Dollar Polio- und Masernschutzimpfungen und entsprechende Forschungen subventionieren, um Nöte etwa im Niger Delta zu lindern. Und andrerseits investiert die Foundation über 400 Millionen Dollar in Unternehmnungen wie Eni, Royal Dutch Shell, Exxon Mobil Corp., Chevron Corp. und die französische Total, welche für den außergewöhnlich hohen Verschmutzungsgrad der Luft und entsprechende Folgekrankheiten im Niger Delta verantwortlich gemacht werden.
   Quelle: Telepolis

6. **Memorandum der Fraktion der Linkspartei für eine demokratische, freiheitliche, soziale und Frieden sichernde Europäische Union**
   Die Linke will ein Europa, das die Menschen ermutigt, sie will keine Union, die sie ängstigt und den politischen und wirtschaftlichen Interessen mächtiger, global agierender Minderheiten ausliefert. Die Bausteine der Linken für die Verfassung sollen helfen, die Bürgerinnen und Bürger in Europa wieder zu gewinnen für eine Europäische Union mit unverwechselbarem Gesicht, fest verankert in den Werten der Demokratie, der Freiheit, des Rechts und der Solidarität.
   Quelle: Die Linke im Bundestag